

## »Buhay ka pa naman, di ba?« – »Schließlich bist Du noch am Leben, oder?« Zwei Jahre nach dem Supertaifun Yolanda

Anfang November 2013 stürmte der Supertaifun Yolanda (internationaler Codename: Haiyan) über die Inseln Samar und Leyte und über andere Teile der Visayas hinweg. Mindestens 7.500 Menschen kamen dabei ums Leben und über vier Millionen Menschen waren von den Folgen des Sturms betroffen.

Zwei Jahre danach sind nach Angaben der Regierung sind erst 51 % der Wiederaufbaumaßnahmen auch abgeschlossen worden (Quelle: Philippine Daily Inquirer, 8.11.2015). Noch leben Menschen in Notunterkünften und sind zahlreiche Häuser, öffentliche Gebäude und Schulen nicht wieder hergestellt. Wie der Generaldirektor der Nationalen Wohnungsbaubehörde *National Housing Authority* (NHA), Sinforoso Pagunsan, eingesteht, gelang es der NHA bis Oktober 2015 nur, 16.000 der anvisierten 205.218 Häuser, die Bestand haben sollen, für diejenigen zu bauen, die durch Yolanda ihr Obdach verloren haben. Nur knapp tausend sind auch schon bezogen worden (Quelle: Manila Times, 5.10.2015). In mehr als der Hälfte der Fälle hat der Bau noch nicht einmal begonnen. Aus den »Übergangs-«baracken in Tacloban City konnte bislang kaum eine Familie in ein eigenes Heim ziehen.

Zugleich sind einer Studie von Social Watch Philippines zufolge bis Juni 2015 nur 49 Prozent der insgesamt 171 Mrd. Pesos, die von der Regierung und internationalen Gebern für den Wiederaufbau bereitgestellt wurden, vom Finanzministerium auch ausgezahlt worden (Quelle: *2 years after, Yolanda response still a failure*, The Manila Times, 31.7.2015). Social Watch Philippines hat zudem beobachtet, dass die Hilfsmaßnahmen zwischen und innerhalb der verschiedenen Behörden schlecht koordiniert wurden, was ebenfalls dazu beiträgt, dass viele Betroffene weiterhin auf Hilfe warten müssen.

Social Watch Philippines hat nicht nur die Leistungsmeldungen verschiedener Regierungsstellen ausgewertet, sondern auch 14 betroffene Städte und Gemeinden besucht. Dort konnten sie vor allem feststellen, dass nicht ausreichend geeignete Grundstücke zur Verfügung stehen, auf denen die neuen Unterkünfte errichtet werden könnten oder dass solche Grundstücke zu teuer (geworden) sind. Allerdings weigern sich manche Betroffene auch, sich umsiedeln zu lassen und ihre ursprünglichen Siedlungen nahe am Meer zu verlassen, auch wenn diese als Gefahrengebiete ausgewiesen wurden. Auch den strikten Auflagen, die für die Freigabe öffentlicher Mittel einge-

halten werden müssen, geben einige eine Mitschuld an der langsamen Hilfe. »Die Dinge gehen ihren üblichen Gang für die Regierung und die Behörden scheinen keine Eile zu haben, diese humanitäre Krise zu bewältigen«, vermutet die Koordinatorin von Social Watch Philippines, die ehemalige Finanzministerin Leonor Briones.

Während Hilfe durch die Behörden (zu) langsam geleistet wird, scheinen internationale Geber, Religionsgemeinschaften aber auch Verwandte und Freunde der Betroffenen wesentlich schneller Unterstützung geleistet zu haben. An vielen Orten hatte es den Anschein, als ob die Regierungsstellen erst einmal abwarten, wie viel Geld von (internationalen) NGOs zur Verfügung gestellt wird – und die Behörden erst dann einspringen, wenn sich Gelder anderweitig nicht beschaffen lassen. So zumindest die Auskunft mehrerer Schuldirektor/innen, als sie gefragt wurden, warum Monate nach dem Taifun ihre Schulen immer noch aussehen wie gleich nach dem Sturm. Während nach Schätzungen des *Philippine Center for Investigative Journalism* insgesamt 366 Mrd. Pesos benötigt werden, um die von Yolanda betroffenen Gebiete wieder komplett aufzubauen (andere Quellen gehen von bloß der Hälfte dieses Betrages aus), könne die Regierung bloß ca. ein Drittel davon (125 Mrd. Pesos) zur Verfügung stellen (Quelle: *Disaster aid, the money trail: Or why Yolanda lingers still*, PCIJ.com, 13.1.2015).

Die Mittel für den Wiederaufbau werden jedoch nicht bloß schleppend zur Verfügung gestellt, sie werden auch politisch instrumentalisiert. Zum einen ist es an der Tagesordnung, dass Mittel bevorzugt ausgezahlt werden, wo die Politiker vor Ort Verbündete der politischen Entscheidungsträger (Präsident, Innenminister etc.) sind – und dass die Mittel bloß mit Verzögerung ausgezahlt werden, wenn dem nicht so ist. Ein prominentes Beispiel dafür ist die größte Stadt im Katastrophengebiet, Tacloban City, die von einem mit Präsident Aquino verfeindeten Clan regiert wird. Auch in Fällen, in denen Stadtteile nicht mehrheitlich für die Amtsinhaber, etwa den Barangaykapitän gestimmt haben, floß Hilfe oft bloß mit großer Verzögerung. Ein Phänomen, das als politisches Revierabstecken (*political turfing*) zum Alltag staatlicher Leistungsgewährung in den Philippinen gehört. Zugleich wird den LeistungsempfängerInnen suggeriert, die gewährte Hilfe sei eine gnädige Geste eines wohlmeinenden Politikers und nicht ihr gutes Recht, das ihnen unabhängig aller politischer Botmäßigkeit zusteht. Auch solche Patronagepolitik ist Alltag in den Philippinen. So warf

die Opposition dem Lager des Präsidenten im Falle des Taifuns Lando, der im Oktober 2015 im Norden der Insel Luzon Unheil angerichtet hat, vor, die Hilfsgüter seien selektiv verteilt worden und Kleinstädte, in denen nicht Verbündete Aquinos regierten, seien übergangen wurden (Quelle: Sun Star, 24.10.2015).

Lotta Sylwander, die Vertreterin von UNICEF in den Philippinen, führt es auf *political turfing* und Patronagepolitik zurück, dass der Wiederaufbau in den verschiedenen von Yolanda betroffenen Städten unterschiedlich schnell verlaufe. Sie führt dies aber auch auf mehr oder eben weniger kompetente und motivierte lokalen AmtsträgerInnen zurück, von denen einige die fehlende staatliche Hilfe auch dadurch (mehr als) kompensieren konnten, dass sie es verstanden, mit internationalen Hilfsorganisationen umzugehen (Quelle: PCIJ.com, 13.1.2015).

### Class matters

Katastrophen treffen Menschen unterschiedlich, das hat schon Ulrich Beck in seinem soziologischen Klassiker »Risikogesellschaft« festgestellt. Ein Bericht des *Center for Trade Union and Human Rights* (CTUHR) kommt zu einem ähnlichen Ergebnis; es seien vor allem die Armen, die von Katastrophen übermäßig betroffen sind und deren Existenzgrundlagen für eine lange Zeit gestört werden (Quelle: *Urban poor women suffer most during rainy season*, Bulatlat.com, 10.7.2015). Da ihre Unterkünfte meist aus Material minderer Qualität bestehen, können sie einer Überflutung oder einem Sturm weit weniger widerstehen als Häuser der Bessergestellten. Dabei muss dann auch die gesamte Inneneinrichtung dran glauben, deren Wiederbeschaffungswert dann die finanziellen Möglichkeiten der armen Menschen meist bei weitem übersteigt. Zudem steht kaum einer von ihnen in einem geregelten Arbeitsverhältnis. Und so etwas wie Lohnfortzahlung kennen informelle Arbeitsverhältnisse nicht. Wenn wegen eines Taifuns die Arbeit niedergelegt werden muss oder der Arbeitsplatz unerreichbar wird, gilt die einfache Regel »keine Arbeit, kein Lohn«. Zudem erlauben es die niedrigen Löhne nicht, für die in der Regel nicht einmal Sozialversicherungsabgaben geleistet werden, für den Katastrophenfall etwas zurückzulegen. All das macht es den Armen noch schwerer, sich von der Katastrophe zu erholen und wieder ein geregeltes Leben zu führen.

Die Studie des CTUHR wurde 2014 in informellen Siedlungen durchgeführt, die am Tullahan-Fluss im Norden von Metro Manila liegen, einem Fluss, der häufig über die Ufer tritt, wenn Taifune oder Monsunregen über Manila ziehen. Und da die Gefahrenzonen unmittelbar am Flussufer oft die einzigen sind, wo noch Platz für die Papphäuser der informellen SiedlerInnen ist, stehen diese auch als erste unter Wasser. »Hier sind Verluste nahezu unvermeidlich,



besonders für arme Familien, die es sich nicht leisten können, ein Haus zu bauen, das den Fluten besser widerstehen kann«, wie Jane Siwa, die die Studie angeleitet hat, feststellt. Und in den letzten Jahren sind Überflutungen noch mehr an der Tagesordnung. Die Bewohnerin einer der Siedlungen (Bagong Silangan) erklärte in einem Interview, das CTUHR mit ihr führte: »Als wir 1995 hier hingezogen sind, war das Hochwasser nicht so hoch und es dauert eine Weile, bevor es unsere Siedlung überschwemmt. Heute hingegen geht das ganz fix.«

Dennoch weigern sich die dort lebenden Menschen oft, in sicherere Gefilde umgesiedelt zu werden. »Dort mögen wir sicher sein, aber wir sterben vor Hunger«, erklären sie, denn die Umsiedlungsgebiete liegen meist weit entfernt von ihrem gewohnten Umfeld, in dem sie eine Einkommensquelle aufgetan und die soziale Netzwerke geknüpft haben, die ihnen beim Überleben behilflich sind.

Was CTUHR für den Norden Manilas festgestellt hat, konnte ganz ähnlich auch in den von Yolanda betroffenen Gebieten beobachtet werden. Die Sturmpflichter sind meist Fischer und wollen daher den unmittelbaren Küstenbereich, in dem der Bau von Wohnungen untersagt wurde (*no-dwelling zones*) nicht verlassen. Sie fürchten, dass sie auch ihre Fischgründe verlieren oder sehen voraus, dass die Pendelkosten zwischen dem Ort, an dem sie angesiedelt werden sollen, und dem Meer ihr mageres Einkommen völlig auffressen würden.

Auch als der Taifun Lando im Oktober 2015 über Zentralluzon hinwegzog, weigerten sich gleichermaßen Menschen, die Gefahrenzone zu verlassen – trotz wiederholter Warnungen von Meteorologen über die Risiken der schweren und ununterbrochenen Regenfälle, die zu erwarten waren. Am 22. Oktober empfahl der Leitartikel des *Philippine Star* jedoch, »anstatt den Anwohnern, die sich nicht evakuieren lassen wollten, die Schuld zu geben, sollte die Regierung begreifen, warum Menschen lieber ihr Leben riskieren, als ihre

*Neue Boote sind kein Allheilmittel, so lange sich die Fischgründe nicht erholt haben.*

*Foto: Niklas Reese, 2014*

Häuser auch nur für eine Zeit lang zu verlassen. Ein Grund dafür ist das hohe Risiko von Diebstahl und Plünderungen. Die Menschen wollen da bleiben, um ihre Habseligkeiten in Sicherheit bringen zu können, wenn die Katastrophe zuschlägt. Ein weiterer Grund ist der schlechte Zustand der Evakuierungszentren, wo fast alles unzureichend ist: der zur Verfügung stehende Platz, die Lüftung, die Sanitäreinrichtungen, die Wasserversorgung. Die Evakuierungszentren sind so überfüllt, dass sich Krankheiten schnell verbreiten, wobei Kinder am meisten gefährdet sind.«

### Build back better?

*Build back better*, Wiederaufbau – aber besser, so lautet weltweit die neue Parole für den Wiederaufbau nach einer Katastrophe. Es geht nicht bloß darum, alles so wieder herzustellen, wie es vorher war (und somit alles beim Alten zu belassen), sondern die Katastrophe als Chance zu begreifen, die Fehler der Vergangenheit zu korrigieren und den Menschen vor Ort ein besseres Leben zu ermöglichen.

»Menschen ihr altes Leben in Armut wiederzugeben, das ist keine große Sache«, so der Armenrechtsaktivist Dennis Murphy im *Philippine Daily Inquirer* vom 2.2.2014, »sie aber dabei zu unterstützen, ein besseres Leben aufzubauen, das ist eine echte Leistung. Dies würde jedoch bedeuten, den Yolanda-Opfern nicht nur Häuser zu bauen, sondern diese an Plätzen zu errichten, die für sie akzeptabel sind, dass die Häuser so groß, haltbar und ansprechend sind wie es internationale Standards vorsehen und schließlich dass sie das Land, auf dem ihr Haus stehen wird, auch ihr eigen nennen können. Und wenn wir weiter ausloten, geht es auch darum, dass der Wiederaufbau eine Gesellschaft hervorbringt, in der Einkommen und politische Macht gleicher verteilt sind.«

So verstanden würde »building back better« bedeuten, unter den Reis- und Kokosbauern nicht bloß Saatgut und Dünger zu verteilen, sondern auch die Landreform voranzutreiben, meint Murphy. Es würde bedeuten, die Fischer nicht nur die verlorengegangenen Boote und Netze zu ersetzen, sondern sie auch zu versichern, dass die kommunale Gewässer ihnen vorbehalten bleiben und auch alle anderen Gesetze, die erlassen wurden, um den Fischern zu helfen, (endlich) auch durchgesetzt werden.

Ganz der internationalen Masche folgend, hat die nationale Entwicklungsbehörde, die *National Economic and Development Authority* (NEDA), ihren Wiederaufbauplan noch im November 2013 »Wiederaufbauhilfe für Yolanda – Build Back Better« getauft. Dieser Plan galt von nun an als Grundlage für die Regierungsaktivitäten in den betroffenen Gebieten.

Wie in vielen anderen Katastrophengebieten häuften sich im Zuge der Hilfsmaßnahmen die Klagen, dass die Hilfsgüter Qualitätsmängel aufweisen und

nicht (lange) halten. Ein Beispiel unter vielen: die 500 Fischerboote, die der Immobilienmogul DMCI (natürlich mit viel Tamtam und Eigenwerbung) Anfang 2015 gespendet hatte und welche die Seefahrtbehörde Marina nach nur sieben Monaten für »nicht seetauglich« befunden hat. Ebenso wurde manchen Gemeinden doppelt- und dreifach geholfen, während andere leer ausgingen – eine Folge mangelnder Koordination unter den Hilfsorganisationen. Während in Tacloban einige Fischer von drei verschiedenen Hilfsorganisationen ein Boot erhielten, müssen sich in Quinapondan auf Samar die Fischer eines ganzen Barangays, die zuvor fast jeder ein eigenes Boot hatten, nun ganze fünf Boote teilen. (Organisationen wie das *Social Action Center* der Diözese Calbayog wiederum meinen, es wäre besser, den Fischern dabei zu helfen, neue Einkommensmöglichkeiten zu erschließen, wie etwa Algenfarmen – und sie nicht alle wieder mit Booten auszustatten. Dies würde nämlich der Überfischung Vorschub leisten, während die durch Yolanda zerstörten Meeresressourcen gegenwärtig der Schonung bedürften.)

Ein Missstand, der in den vergangenen zwei Jahren immer wieder beklagt wurde, sind die Wohnbedingungen in den Baracken, in denen sehr viele Betroffene immer noch hausen müssen, weil auch zwei Jahre nach Yolanda ihre neuen Häuser nicht bezugsfertig sind. Das lokale Netzwerk *People's Surge* berichtet von zahlreichen BarackenbewohnerInnen, die erkrankten, nachdem sie das zur Verfügung gestellte Wasser tranken, oder die wegen der fehlenden Lüftung einen Hitzeschlag bekommen haben.

Auf der anderen Seite gibt es auch einige Lichtblicke. So haben mit der Katastrophenhilfe Solarlampen ihren Weg in die Region gefunden, die weiterhin zum Einsatz kommen, obwohl die Stromversorgung wieder hergestellt wurde. In Tacloban fahren nun sogar mehrere Fahrzeuge mit Sonnenenergie.

Problematischer als diese augenblicklichen Missstände, die wohl oder übel zum Alltag in der Katastrophenarbeit gehören, ist allerdings die Art und Weise, wie die Regierung »build back better« definiert. Sie erinnert in weiten Teilen an das, was die kanadische Aktivistin Naomi Klein als »Katastrophenkapitalismus« bezeichnet. Klein hatte u. a. beim Wiederaufbau nach dem Tsunami in Sri Lanka oder nach dem Hurrikan Katrina in New Orleans beobachtet, wie die Zerstörung von Regierungen oder Wirtschaftskonzerne als Gelegenheit verstanden wurde, die betroffenen Gebiete der Logik des Profits zu unterwerfen. So schuf etwa in Sri Lanka die Regierung »Pufferzonen«, in denen sich die vormaligen BewohnerInnen nicht wieder ansiedeln durften, Unternehmer allerdings Strandressorts und Hotels errichten konnten. In New Orleans wiederum wurde die arme – oft schwarze – Bevölkerung aus dem Stadtzentrum vertrieben, das aufgehübscht (gentrifiziert) und somit für sie unerschwinglich wurde.



Ähnliches lässt sich in Ansätzen auch in den von Yolanda betroffenen Gebieten beobachten: Bald nach dem Monstersturm teilte die philippinische Regierung das betroffene Gebiet in »Entwicklungszonen« ein und übertrug die Verantwortung für den Wiederaufbau so genannten »Entwicklungssponsoren«, allesamt große Konzerne, von denen viele im Bereich Landverwertung, Infrastruktur und Immobilienwirtschaft aktiv sind. Unter diesen »Entwicklungssponsoren« finden sich so illustre Namen wie der Ayala-Konzern, die *SM Group of Companies* und die *Robinsons Land Corporation*, die alle drei seit vielen Jahren landesweit eine Wohnsiedlung nach der anderen aus dem Boden stampfen und in nahezu jeder Stadt mit einem eigenen Einkaufszentrum (*shopping mall*) vertreten sind. Die Lopez-Firmengruppe und die Firma PLDT, denen ebenfalls je eine Entwicklungszone anvertraut wurde, wiederum kontrollieren das Telekommunikationsgeschäft in den Philippinen, während Jollibee-Mang Inasal die führende Fastfoodkette des Landes ist, sozusagen das philippinische McDonalds. Der Bergbaufirma Nickel Asia wurde gar die Insel Manicani im Südosten Samars überantwortet, auf der sie einen seit vielen Jahren heftig umstrittenen Tagebau betreiben. Auch die Großbank Metrobank, ein weiterer »Entwicklungssponsor« kann geschäftliche Interessen beim Wiederaufbau kaum verhehlen.

Allen Entwicklungssponsoren wurde zugesagt, dass sie an der »Aktualisierung« der Landnutzungspläne in ihren Patengebieten beteiligt werden und ihnen wurde zudem eine »gewisse Autonomie« bei der Durchführung des Wiederaufbaus zugesichert. Im Fall von Nickel Asia »empfahl« der Generalbevollmächtigte für den Wiederaufbau, Ping Lacson, im Juni 2014 dem zuständigen Umweltministerium sogar, die Genehmigung zu erteilen, das bereits abgebaute Nickel von Manicani abzutransportieren – was seit 2001 untersagt war. Begründet hat Lacson diesen Schritt damit, dass dies »den Bemühungen der Regierung einen Schub (geben würde), das Leben der 500 Familien auf Manicani wieder in Gang zu bringen.«

Wohl zurecht warnt Dennis Murphy, dass »das Big Business wohl etwas vom »Zurückbauen (*build back*)« versteht – es kann Häuser, Boote, Saatgut, Dünger usw. zur Verfügung stellen, aber es verfügt nicht über eine sehr gute Bilanz, was »Fragen der Gerechtigkeit« wie Bodenreform, sichere Wohnverhältnisse oder die Durchsetzung armenfreundlicher Gesetzgebung betrifft.«

Dass der »Katastrophenkapitalismus« in den von Yolanda betroffenen Gebieten weiter um sich greifen wird, darauf deuten die sich andeutenden Landkonflikte hin. Wie Mary Ann Manahan in ihrem Beitrag *When Disasters Clear the Land: Narratives of Post-Yolanda* (Wenn Katastrophen das Land flurbereinigen: Erzählungen von Nach-Yolanda) schildert, hat »Yolanda nicht nur das Land bereinigt, sondern auch



unsichere und sonderbare Grundbesitzverhältnisse sowie mannigfaltige Formen von Marginalisierung zu Tage gefördert. ... Der Sturm hat auch die Bedingungen dafür geschaffen, dass Grundstücke leichter für Zwecke genutzt werden können, die jene enteignen, die sie bislang nutzten, und die Pächterinnen, die Bauern mit wenig Land oder die FischerInnen von ihren Einkommensquellen vertreiben.« Diese »Politik der Vertreibung«, so Manahan, »kommt unter dem Deckmantel von Entwicklung daher bzw. mit dem Vorwand, vom Klimawandel gefährdete Gruppen zu schützen« und scheint »die Logik zu sein, die dem Wiederaufbauplan zugrunde liegt«. Zu einem solchen Landraub (*land grabbing*) könnte führen, dass die bereits oben erwähnte Vorschrift erlassen wurde, dass niemand sein Haus näher als 40 Meter von der Küste bauen darf (*no-dwelling zones*), um der Gefahr erneuter Flutwellen zu entgehen. Eine an sich sinnige Vorschrift, die allerdings zwei Haken hat. Zum einen ist es nicht unwahrscheinlich, dass die Fischer Schwierigkeiten haben werden, ihre Fischgründe zu erreichen, wenn sie zu weit von der Küste entfernt neu angesiedelt werden. Des Weiteren diente der Strand ihnen bislang als Fläche, auf der sie ihren Fang trocknen und ihre Boote abstellen konnten. Zum anderen ist es wahrscheinlich, dass ähnlich wie in Sri Lanka der Bau von Tourismusanlagen erlaubt bleibt. Dafür spricht, dass der Küstenstreifen anfangs noch zur »no-build zone«, also zu einer Zone, in der jegliches Bauprojekt untersagt bleibt, erklärt werden sollte. Nach ein paar Monaten hieß es dann, nur der Bau von Wohnhäusern sei verboten. Von der Umsiedlung wären nach Angabe der Nationalen Armutskommission über 250.000 Fischerhaushalte betroffen.

Ein erstes Beispiel für solches *land grabbing* ist die Insel von Sicogon im Norden von Panay, wo die lokalen Großgrundbesitzer gemeinsam mit dem Ayala-Konzern die dort ansässigen Bauern und Fischer mit

Das Leben muss weitergehen.  
Guian, Ostsamar.  
Foto: Niklas  
Reese, 2014

Gewalt daran gehindert haben, ihre Häuser an der Küste wieder aufzubauen. Da dieses Gebiet zudem vom Landreformprogramm CARP erfasst ist, scheinen die Landbesitzer Yolanda als günstige Gelegenheit nutzen zu wollen, sich der drohenden Verteilung des Landes an jene, die es bislang bebauten, zu entziehen. Auch wird von Fällen allerorts berichtet, in denen Landbesitzer versuchen, die Gebiete von der Landreform ausschließen zu lassen, in denen der Sturm sämtliche Kokosnusspalmen umgeknickt hat. Sie seien schließlich nun nicht mehr landwirtschaftlich genutzt.

Pilgrim Bliss Gayo, Landeskoordinatorin von *terres des hommes* Deutschland in den Philippinen, zieht nach zwei Jahren Hilfsmaßnahmen, an denen auch *terres des hommes* beteiligt war, ein sehr nüchternes Fazit. »Obwohl die Betroffenen neue, glänzende Fischerboote en masse erhalten haben und einige von ihnen im Zuge der Hilfsmaßnahmen nun auch in standfesteren Häusern leben können; im allgemeinen hat sich wenig nach dem Taifun Yolanda verbessert«, so ihr Fazit. »Die Produktionsbedingungen in der Landwirtschaft sind weiterhin rückständig und die Agrarreform tritt auf der Stelle; soll heißen, die Ursachen der andauernden Armut der Bauern sind nicht angegangen worden. Es wird noch Jahre dauern, bis sich die Fischgründe von den Folgen Yolandas erholt haben werden und zugleich lassen die Regierung und die zahlreichen privaten Hilfswerke ihre Projekte auslaufen.«

### Auf ein Neues

Schon in der Vergangenheit war gerade der nördliche Teil der Philippinen nahezu jährlich von Stürmen betroffen. Mittlerweile sind Taifune auch in den Visayas und im Norden Mindanaos ein häufiges Phänomen – was gemeinhin auf den Klimawandel zurückgeführt wird. Der Klimawandel dürfte auch dafür verantwortlich sein, dass diese Taifune an Stärke zunehmen. In den letzten Jahren hat nahezu jedes Jahr ein »Supertaifun« von der Stärke Vier oder mehr die Philippinen in Mitleidenschaft gezogen – von Ondoy in 2009 über Sendong 2011 und Pablo 2012 (die Nordostmindanao betroffen haben), Ruby und Glenda in 2014 bis zu Lando im November 2015. Yolanda war nur der stärkste und folgenreichste dieser Taifune.

Glücklicherweise haben die Behörden aus der mangelnden Vorwarnung vor und dem unmittelbaren Desaster nach Yolanda, das maßgeblich auch einer chaotischen bis fehlenden Koordination der Nothilfe geschuldet war, gelernt und waren verhältnismäßig gut vorbereitet – so dass nach Ruby, Glenda und Lando über weit weniger Schaden zu klagen war. Doch der Weg zum »Nullschaden (*zero casualty*)«, den Präsident Aquino als Ziel ausgegeben hat, ist noch weit. Auch Lando forderte immer noch 58 Todesopfer, ver-

wüstete weite Teile der Stadt Casiguran in der Provinz Aurora und zwang nahezu 100.000 Familien, in Notunterkünften Zuflucht zu suchen. Der Schaden, den Lando angerichtet hat, wird auf fast 10 Mrd. Pesos (200 Mio. Euro) geschätzt und da Zentralluzon die Korn- und Reiskammer der Philippinen ist, wird aufgrund ausbleibenden Ernten mit erheblichen Folgen für die Ernährungslage gerechnet.

Sobald es aber um die langfristigen Perspektiven geht, sind die Aussichten trüb. Dies ist nicht nur auf den um sich greifenden »Katastrophenkapitalismus« zurückzuführen, sondern auch darauf, dass die philippinische Regierung sich zwar darauf versteht, wohlfeile Worten von sich zu geben, wenn es darum geht, den Klimawandel einzudämmen, dem aber kaum Taten folgen lässt.

Zwar wurde im *Philippine Development Plan*, der Blaupause der Wirtschaftspolitik der Regierung, der Klimawandel und das Risiko durch Naturkatastrophen als maßgebliches Hindernis für eine erfolgreiche Armutsbekämpfung identifiziert, er wird aber kaum umgesetzt, wie die Klimaschutzaktivistin Renee Karunungan (Rappler.com, 28.7.2015) beklagt. »Zwar sind bestimmte Gesetze wie der *Climate Change Act* und der *People's Survival Fund* [der mit gerade einmal einer Mrd. Pesos ausgestattet ist – NR] wurden verabschiedet, um den Kommunen zu helfen, den Klimawandel zu bewältigen, ihre Durchführung ist jedoch eine andere Geschichte.« Der Abschied von einer autozentrierten Verkehrspolitik scheint noch in weiter Ferne zu liegen, klimafreundlichere Kühlsysteme sind ebenfalls weitgehend Fehlanzeige und zu allem Überfluss plant die Regierung Aquino sogar den Bau von mehr als vierzig Kohlekraftwerken, von denen nach Angaben des Energieministers Carlos Petilla 2020 bereits 23 am Netz sein sollen.

Wenn in einigen Jahren die Stärke der Taifune und die durch sie verursachte Zerstörung weiter zunehmen und die steigende Hitze das Leben in den Philippinen unerträglich machen wird, wird die dann amtierende Regierung vielleicht auf Kritik ähnlich reagieren wie Präsident Aquino auf die eines Händlers in Tacloban, der sich über die Untätigkeit der Regierung in den Wochen nach Yolanda beklagte: »*Buhay ka pa naman, di ba?*« – Immerhin bist Du noch am Leben, oder?

### Literatur

- › Mary Ann Manahan: When Disasters Clear the Land: Narratives of Post-Yolanda in: *Policy Review* Vol. 1, No. 6, Focus on the Global South. Erhältlich unter: [http://focusweb.org/sites/www.focusweb.org/files/PolicyReview2015\\_Understanding%20Land%20Rights\\_Land%20Grabbing\\_21stCentury.pdf](http://focusweb.org/sites/www.focusweb.org/files/PolicyReview2015_Understanding%20Land%20Rights_Land%20Grabbing_21stCentury.pdf).
- › Rainer Werning: Desaster-Kapitalismus. In *Asienhaus-Hintergrundinformationen*, 13/2014. Erhältlich unter: [www.asienhaus.de/uploads/tx\\_news/asienhaus-hintergrundinformation13-2014.pdf](http://www.asienhaus.de/uploads/tx_news/asienhaus-hintergrundinformation13-2014.pdf).